

Tito und die SED

Gefährliche Diskussionen beunruhigen das Zentralkomitee

Seit Tito in Moskau und Stalingrad Triumphe feiern konnte, bahnen sich in der SED gefährliche Diskussionen über die Frage der Entscheidungsfreiheit einzelner kommunistischer Parteien an. Es geht dabei nicht einmal so sehr um die seinerzeit von Ulbricht gemaßregelten Kommunisten, sondern vielmehr um eine prinzipielle Klärung des Verhältnisses der Sowjetzonenpartei zur KPdSU. Noch immer wird laut SED-Statut die unbedingte Unterordnung und Treue zur Kommunistischen Partei der Sowjetunion als Grundvoraussetzung für die Mitgliedschaft zitiert. Seit Moskau den anderen Ostblockparteien attestierte, daß diese starre Anlehnung zu schwerwiegenden politischen Fehlern führte, werden innerhalb der SED erstmals auch Vorgehänge nach 1945 einer kritischen Betrachtung unterzogen.

Während in allen übrigen Ostblockstaaten wenigstens der Versuch gemacht wird, politische und taktische Fehler der letzten 10 Jahre auf den Einfluß Stalins abzuwälzen und — daraus begründet — eine „nationalere“ Politik zu fordern, beschränkt man sich in der Sowjetzone nur auf kleineres ideologisches Geplänkel.

Die SED ist die schwächste der kommunistischen Parteien. Man befürchtet zu Recht, daß hier jede Opposition leicht die Oberhand gewinnen könnte, wenn sie die Fehler der Vergangenheit offen zitiert. Noch ist unvergessen, wie heftig die Parteimitglieder auf die beiden Ansätze Ulbrichts zu einer Verdammung Stalins reagierten.

Warnendes Beispiel: KPD

Es gibt eine starke Funktionsgruppe im Apparat der SED, die für einen Abbau der Diktatur plädiert. Und dies nicht aus demokratischen Gefühlen heraus, sondern als Produkt einer nüchternen Überlegung: Die Frage der Wiedervereinigung ist in den Bereich unmittelbarer Diskussionen gerückt. Ein schwelendes Feuer aber bietet in Erwartung eines frischen Luftzuges größere Gefahren als ein ruhig brennendes Flämmchen, sagen die Russen in einem Sprichwort.

Man denkt dabei in erster Linie an die westdeutsche KPD, die in dieser Woche im Mittelpunkt eines Prozesses steht. Diese Partei hat sich mit ihrer doktrinären Politik selbst zerstört. Sie hat es nicht einmal verstanden, die kommunistischen Wähler von 1933 anzusprechen. Die westdeutsche KPD hat von allen kommunistischen Parteien der Welt den größten Schrumpfungsprozess durchgemacht. Nicht einmal die Gewaltmethoden der Hitler-Aera haben vermocht, was die KPD in ihrer verbohrten Moskau-Hörigkeit selbst zuwege brachte.

Gibt es „Titoisten“?

Kein Kommunist kann seine ideologische Hülle sprengen. Aber es hat sowohl in der SED als auch in der KPD ernsthafte Auseinandersetzungen über diese Fragen gegeben. Nur — man hat sie mit Gewalt unterdrückt. Die Verfechter einer eigenständigeren kommunistischen Politik wurden als „Titoisten“ diffamiert und gemaßregelt. Dabei — hat es in der SED überhaupt „Titoisten“ gegeben?

Es gab und gibt dort eine kleine Gruppe, die unter Tito als Partisanen kämpfte und auch nach dem Kriege Beziehungen nach Belgrad besaß. Sie fiel nie entscheidend ins Ge-

wicht. Einzig und allein die Tatsache, daß Tito, als sich sein Land in der größten Krise befand, den Mut zu einer Abkehr von Stalin besaß, hat in der Zone „Titoisten“ gemacht. Jedes politische Kind vermochte in den Jahren 1948/49 zu erkennen, wohin Ulbrichts Moskau-Kurs führen mußte. Viele SED-Funktionäre vertreten noch heute die Meinung, die SED hätte sich bei ähnlicher Haltung zumindest einen gewissen Prozentsatz ehrlicher Gesinnungsgenossen geschaffen. So aber ist sie eine Partei ohne moralischen und geringem ideologischen Zusammenhalt.

Tito brüskiert Ulbricht

Der jugoslawische Staats- und Parteichef hat bisher in allen Erklärungen zur Vergangenheit die Kluft, die ihn und seine Anhänger von Ulbricht trennt, aufrechterhalten. Er hat in mehreren Äußerungen die SED-Führung für die Parteimitglieder deutlich genug brüskiert. Das hat dem 1. SED-Sekretär starken innerparteilichen Abbruch getan. Man fragt sich heute, warum hat Ulbricht Stalin gegenüber nicht in angemessener Form die deutschen Belange selbst der SED zu vertreten vermocht? Sogar führende SED-Mitglieder haben ihm deutlich genug den Weg dazu gewiesen. Und: Wann endlich wird Ulbricht die Konsequenz aus dieser Haltung ziehen müssen, die nur in seinem möglichst lautlosen Abtreten bestehen kann? Die jetzige Diskussion um den „Titoismus“ wird entscheidend zur Klärung beitragen. Tito selbst hat den einsichtigeren SED-Funktionären eine Chance gegeben.

J. B. Gradl:

Moskau hat den nächsten Zug

Leider ist das Thema Wiedervereinigung auf dem schlechten Wege, Zankapfel Nummer eins im innerdeutschen Parteienstreit zu werden. Soeben erleben wir in Berlin die FDP-Spaltung. Als Begründung werden Meinungsverschiedenheiten über die Außenpolitik bzw. Wiedervereinigungspolitik angegeben. Nun ist die innere Spannung auch in der Berliner FDP viel älter als Delhers gefährliche außenpolitische Seitensprünge. Seit Jahren schon schwelen im liberalen Lager Gegensätze zwischen den Richtungen der „Deutschen Volkspartei“ und der „Demokratischen Partei“ der Weimarer Zeit. Dennoch wird die Sprengkraft des Problems der Wiedervereinigung daran sichtbar, daß sich an ihm die Gegensätze sogar innerhalb einer Berliner Partei bis zur Spaltung entzünden konnten.

Was sich hier im Rahmen einer Partei zeigt, spiegelt nur den Gegensatz wider, der im großen zwischen Regierung und sozialdemokratischer Opposition besteht. Die Bundesregierung muß wissen, daß ihre Stellungnahme diesmal mit größerer Aufmerksamkeit erwartet wird denn je. Die letzte umfassende außenpolitische Debatte war am 1. Dezember 1955 und galt der Situation, die durch das Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz im November 1955 entstanden war. Seither hat sich vieles ereignet, vom XX. Parteikongreß der sowjetischen KP, den Besuch der Sowjets in London und der Franzosen in Moskau bis zu den Auseinandersetzungen innerhalb des Weltkommunismus, zu Adenauers und Pineaus Reise nach Washington, zu Titos Annäherung an Moskau und der kräftigen Diskussion im ganzen Westen über die künftige Politik gegenüber Moskau. Die Bundesregierung wird kritisiert, daß ihre Politik zu starr sei. Sie verschließen sich diesem Neuen,

das gekennzeichnet sei durch die Verdammung Stalins, durch die sowjetischen Abrüstungsgesten und dergleichen mehr.

Nun darf nüchterne Betrachtung solcher Kritik einiges nicht übersehen. Zunächst: In der deutschen Frage hat sich die sowjetische Haltung nicht einmal atmosphärisch geändert. Im sowjetischen Besatzungsgebiet ist politisch alles beim alten geblieben, und die sowjetische Deutschlandpolitik verweist unentwegt auf die sogenannten Errungenschaften und auf den für uns unmöglichen Verhandlungsweg zu den gegenwärtigen illegalen Machthabern Pankows. Ferner: Trotz vieler Jahre konsequenter Bundespolitik ist das Vertrauen des Westens zu uns, sein sogenannter Rapallokomplex noch immer empfindlich. Der geheime Verkehr zwischen Reichswehr und Roter Armee in den zwanziger Jahren und der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 sind Erfahrungen, die sich der angelsächsischen Welt tief eingeprägt haben. Schließlich: Die militärische Verbundenheit des Westens ist in der hochgerüsteten und spannungsgeladenen Gegenwart noch immer die eindrucksvollste Realität gegenüber dem sowjetischen Block. Die Bundesrepublik ist ein wichtiger Partner dieser westlichen Gemeinschaft. Würde sie unzuverlässig, so würde die gesamte Position des Westens und damit auch die ihre in dem bevorstehenden politischen Ringen mit den Sowjets um die Ordnung Mitteleuropas von vornherein gefährlich geschwächt.

Die deutsche Einstellung zu den westlichen Verträgen, zur NATO usw. und die deutsche Haltung gegenüber den sowjetischen Lockungen und Drohungen wurden im Westen immer auch als eine Probe auf die deutsche Zuverlässigkeit betrachtet. Was bei uns ehrlich als „Elastizität“ gemeint gewesen wäre, wäre draußen allzu leicht als „Schaukelpolitik“ gedeutet worden. Ein bundesrepublikanischer Fehltritt auf diesem schmalen Grat konnte — und kann noch immer — dazu führen, daß wir uns zwischen die Stühle setzen, das heißt, daß man sich über uns

hinweg einigt — auf der Basis der deutschen Spaltung. Das ist die schwere außenpolitische Verantwortung der Bundesregierung. Die westdeutsche Opposition hat als solche das Recht, unbesümmter zu sein. Aber im Grund liegt die Verantwortung auf beiden.

Mehr Spielraum

Andererseits haben sich gerade im Blick auf diese Verantwortung die deutschen Möglichkeiten in letzter Zeit erheblich erweitert. Denn jetzt wird in der westlichen Welt selbst ganz offen und breit die Frage erörtert, ob eine Revision insbesondere des deutschen Verhältnisses zur NATO zu gegebener Zeit den Weg zur Wiedervereinigung und internationalen Entspannung erleichtern könnte. Daß der französische Außenminister Pineau solchen Gedanken nachgeht, und daß er darüber Gespräche in Washington geführt hat, ist bekannt. Die britische Regierung hat schon im vergangenen Jahr mit ihrem revidierten Eden-Plan deutlich gemacht, daß sie sich auch andere Lösungen des militärischen Status in Mitteleuropa überlegt als die gegenwärtige. Jetzt aber häufen sich auch aus den Vereinigten Staaten ähnliche Stimmen, zwar nicht offiziell aus Regierungsmund, wohl aber von ernst zu nehmenden Persönlichkeiten — wie zum Beispiel der frühere US-Botschafter in Moskau, Kennan, oder der eigenwillige, aber immer viel beachtete Publizist Lippmann. Angesichts dieser wirklich neuen Situation kann die Bundesregierung zwar nicht unbesorgt, aber doch weniger besorgt zu Überlegungen und zur Aussprache über das Problem der militärischen Stellung eines vereinigten Deutschland bereit sein.

Die Bundesregierung war durch ihr unberrittes Festhalten an der NATO-Konzeption von 1954 in den Ruf gekommen, sie stelle sich die Wiedervereinigung vor als einfache Erweiterung der NATO auf die Sowjetzone. Nun bedurfte es nicht der jüngsten TASS-Erklärung, daß die Sowjets einer solchen Wiedervereinigung nicht zustimmen würden. In

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Und wieviel sitzen noch?

Zu Pankows Freilassungs-Aktion

DT. Pankow hat die Entlassung von annähernd 20 000 Häftlingen bekanntgegeben. Diese Nachricht bewirkt eine verständliche Freude und Hoffnung, daß möglichst vielen Menschen die Freiheit wiedergegeben ist, die sie verdienen. Und das sind alle politischen Gefangenen, die durch das Justizsystem der Zone verurteilt wurden.

Es werden in einem Untersuchungsbericht der SED nicht nur die überhöhten Strafmaße zugegeben, sondern die Willkür, mit der Verhaftungen vorgenommen und Urteile gefällt wurden. Die SED versucht zwar mit der Erklärung abzumildern, diese böse Rechtspraxis käme auf das Schuldkonto des vom Westen aufgezwungenen kalten Krieges, und heute sei die DDR stark und gefestigt genug, um Korrekturen der Urteile und des Strafvollzuges vorzunehmen — doch es bleibt das Eingeständnis einer Justizmethode, die nicht länger tragbar ist.

Die Umgestaltung des Rechtswesens, seine Neuformulierung und Neufindung könnte der Be-

Kein Separatgespräch mit Kreml

Ohne Westmächte keine Verhandlungen

Bonn (AP/DPA). Wenige Tage vor der großen außenpolitischen Debatte im Bundestag hat Bundeskanzler Dr. Adenauer seinen Standpunkt, nach dem direkte Verhandlungen mit Moskau über die Wiedervereinigung abzulehnen sind, noch einmal bekräftigt. Er begründete seine Haltung damit, daß durch solche Verhandlungen das Mißtrauen gegenüber Deutschland in den USA, Frankreich und Großbritannien wachgerufen würde. In einem Interview mit der amerikanischen Nachrichtenagentur INS betonte Adenauer, daß die Bundesregierung nur mit den vier Mächten zusammen verhandeln wolle. Es wäre nach der Meinung des Bundeskanzlers falsch, die Frage der Wiedervereinigung lediglich als eine nationale deutsche Angelegenheit zu betrachten.

Adenauer lehnte auch den Vorschlag ab, selbst die Sowjets aufzufordern, freie Wahlen in der Sowjetzone als eine „qualifizierte Vorbedingung“ für gesamtdeutsche Gespräche und für gesamtdeutsche Wahlen zu gestatten, wobei durch diese Wahlen in der „DDR“ das gegenwärtige stalinistische Regime in der Sowjetzone durch eine für Verhandlungen akzeptablere neue kommunistische Regierung

ersetzt werden würde. Er fuhr fort: „Die Russen werden nicht nein sagen, sondern wieder Rückfragen stellen und mit uns verhandeln; und wenn man bei uns verhandelt, dann gehen in Amerika, in England und in Frankreich die Positionen verloren.“

Der Kanzler vertrat die Auffassung, daß die Sowjets mit langfristigen Entwicklungen in Westeuropa und mit Volksfront-Regierungen in Italien und Frankreich rechnen. Sie hofften, daß die Bundesrepublik weiter unterminiert werden kann, und daß sie dann — „sagen wir das offen —, wenn ich heute oder morgen nicht mehr bin, worauf sie bestimmt hoffen“, Westdeutschland erobern, ohne daß ein Tropfen Blut fällt. Mit der Eroberung Westdeutschlands würde das sowjetische Kriegspotential denen der USA gleichkommen, und dann würde die Sowjetunion aggressiv werden und auf einem Rückzug der USA aus Europa bestehen. Man müsse deshalb das Problem der Wiedervereinigung auch vom Standpunkt der ganzen freien Welt sehen.

Nach Ansicht des Bundeskanzlers ist die Bevölkerung der Zonen-Republik so eingeschüchtert, daß sie ohne eine wirkliche internationale Kontrolle und ohne die Gewisheit, daß sie — wie die Wahlen ausfallen — nicht mehr unter das jetzige Regime zurückkommt, nicht abzustimmen wagt. Der Opposition machte Adenauer den Vorwurf, sie hoffe, durch das Anfechten nationaler Instinkte das Wasser auf ihre Mühle zu bekommen.

Deutscher Protest in Moskau

Zwischenfall in der Botschaft — Bestrafung erwartet

Bonn (AP). Die Bundesregierung erwartet die Bestrafung der Personen, die für den Zwischenfall auf dem Gelände der deutschen Botschaft in Moskau in der vergangenen Woche verantwortlich sind. Sie hat die sowjetischen Behörden ersucht, dafür zu sorgen, daß sich solche Vorfälle nicht mehr ereignen. Dies geht aus einem in Bonn veröffentlichten Aide-memoire an den sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Semjonow hervor.

In dem Aide-memoire, das Botschafter Haas auf Anweisung Bonns wegen der Verletzung der Exterritorialität der deutschen Botschaft durch sowjetische Polizei überreicht hat, wird eine genaue Schilderung des Vorfalles gegeben, bei dem zwei Personen, die sich als Deutsche zu erkennen gaben, auf dem Botschaftsgebäude verhaftet wurden.

In dem Schreiben heißt es, am 19. Juni habe ein Angehöriger der sowjetischen Miliz eigenmächtig das Botschaftsgebäude betreten und mit Hilfe des von den russischen Behörden angestellten Hausmeisters der Botschaft zwei Personen festgenommen, die dort vorsehen wollten. Sie hätten diesen Personen, die auf deutsch um Hilfe riefen, den Mund zugehalten und sie dann mit Unterstützung von einigen anderen Milizmännern abgeführt. Dieser Vorgang stelle einen Bruch der völkerrechtlich anerkannten Unverletzlichkeit einer Botschaft dar. Die gewaltsame Festnahme von Per-

sonen auf dem Boden eines Botschaftsgrundstückes sei eine schwere Verletzung der Exterritorialität.

Der sowjetischen Miliz sei der Status des Geländes bekannt gewesen, heißt es in dem Aide-memoire weiter. Beispielsweise habe die Miliz am 1. Juni anlässlich des Unfalls eines Wagens der deutschen Botschaft erklärt, ihre Beamten könnten zwecks Besichtigung dieses Wagens das Botschaftsgebäude nicht betreten. Damals sei das deutsche Botschaftspersonal aufgefordert worden, den Wagen auf der Straße der Miliz vorzuführen.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte auf einer Pressekonferenz, Haas habe gleichzeitig mündlich dagegen protestiert, daß ganz allgemein Besucher der deutschen Botschaft von den Sowjets in zunehmendem Maße behindert würden. Dies gehe auch aus der sinkenden Besucherzahl hervor. In letzter Zeit seien nur ein paar Leute vorstellig geworden, während früher jeden Tag ein „paar Dutzend“ Personen in der Botschaft vorgesprochen hätten.

Man dürfe die „Dinge nicht dramatisieren“, erklärte der Sprecher, aber es habe sich gezeigt, daß die Arbeit der deutschen Botschaft „unmöglich gemacht wird, wenn so etwas weiter geschieht“. Die Verhaftung von Personen auf dem Gelände der deutschen Botschaft werfe ein bezeichnendes Licht darauf, unter welchen Umständen Haas in Moskau arbeiten müsse.

England kürzt Militäretat

Eine Ankündigung Macmillans

London (DPA). Schatzkanzler Macmillan kündigte im Unterhaus eine Kürzung der britischen Verteidigungsausgaben um 50 Millionen Pfund an. Der Abstrich erfolgt mit dem Ziel, insgesamt 100 Millionen Pfund an Regierungsausgaben im laufenden Haushaltsjahr einzusparen. Bei den Verteidigungskür-

zungen entfallen 36,5 Millionen Pfund auf das eigentliche Verteidigungsprogramm, die restlichen 13,5 Millionen auf die Verteidigungsausgaben verschiedener Ministerien. Macmillan betonte, daß die Einsparungen zu keinerlei Änderungen des Umfangs oder der Form der Streitkräfte führen werden.

Bonn weist TASS-Dementi zurück

Pineau als Kronzeuge — Moskau zur Wiedervereinigung verpflichtet

Bonn (Eigenmeldung). Die Erklärung der sowjetamtlichen Nachrichtenagentur TASS zur Deutschlandfrage hat in Bonn allgemein Aufsehen erregt. Bereits 24 Stunden später antwortete die Bundesregierung darauf und wies die TASS-Erklärung scharf zurück. Gleichzeitig warf sie der sowjetischen Regierung vor, sich ihrer noch im vergangenen Jahr anerkannten Verpflichtung zur Wiedervereinigung Deutschlands zu entziehen.

In ihrer Gegenerklärung hält die Bundesregierung an der von TASS dementierten negativen Chruschtschow-Äußerung fest und zitiert zum Beweis für die

Richtigkeit ihrer Ansicht eine Erklärung des französischen Außenministers Pineau am 20. Juni in Washington. Danach hat Pineau die Äußerung Chruschtschows wie folgt wiedergegeben:

„Ich ziehe vor, 20 Millionen Deutsche auf meiner Seite zu haben, als 70 Millionen in einem wiedervereinigten Deutschland gegen uns. Selbst wenn Deutschland militärisch neutral bliebe, genügt uns das nicht. Wir wollen auch, daß die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften Ostdeutschlands beibehalten werden. Ostdeutschland auf unserer Seite zu haben, ist dar-

über hinaus auch eine Prestigefrage für uns.“

Im Zusammenhang mit der Behauptung der sowjetischen Regierung, daß Viermächte-Verhandlungen über die Wiedervereinigung gegenstandslos geworden seien, erinnert die Bundesregierung daran, daß Ministerpräsident Bulganin in Moskau dem Bundeskanzler gegenüber und später in Genf die Verpflichtung der vier Mächte zur Wiedervereinigung anerkannt habe. Die Sowjetunion habe sich in Genf mit den drei Westmächten darüber geeinigt, daß „die Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege freier Wahlen erfolgen“ müsse.

So sind sie wirklich:

Der Gefangene des Plans

Als der Chef der „Staatlichen Plankommission“, Bruno Leuschner, im vergangenen Jahr seinen 45. Geburtstag feierte, machte ihm Altkommunist Heinrich Rau eine der ganz seltenen Original-Schallplatten aus Bert Brechts „Dreigroschenoper“ zum Geschenk. Und der mitunter etwas naive Leuschner ließ seine Gäste hören: „Drum mach' nur einen Plan, und sei ein großes Licht. Und mach' noch einen zweiten Plan, geh'n tun sie beide nicht!“

Das mag Anekdote sein. Aber Rau ist ein Zyniker, der den Zynismus zu handhaben versteht. Und Leuschner bemüht sich gern, als Zyniker zu gelten, ohne daß er darin seine Unterlegenheit verbergen kann. Das Verhältnis Rau—Leuschner hat noch einen besonderen Akzent. Heinrich Rau ist der wirkliche „Planer“ im Zentralkomitee der SED. Dank seiner weitgehenden Unabhängigkeit vermag er sich gegen Ulbricht in Grundsatzfragen durchzusetzen. Leuschner aber ist ein Protegé Ulbrichts, der nichts aus eigener Entscheidung heraus durchzuführen wagt. Wen nimmt es wunder, wenn die Planwirtschaft in der Sowjetzone so reiche Früchte trägt?

Ein „Stehkragenprolet“

Leuschner ist unbeliebt bei den alten Thälmann-Kommunisten. Sie betrachten ihn als Emporkömmling. Vor 1933, als frisch gebakenes KP-Mitglied, nannten ihn die „Fichte“-Turner den „Stehkragenproleten“...

Bruno Leuschner wurde am 12. August 1910 als Sohn eines Neuköllner Arbeiters geboren. Er besuchte die Volksschule und wurde kaufmännischer Angestellter in einem Warenhaus. 1923 stieß er zur „Freien Turnerschaft“, um nach 1926 in unklarer Mitgliedschaft beim „Arbeitersportverein Fichte“ zu wirken. Zwei Jahre vor Hitlers Machtantritt trat er in die KPD ein, ohne Funktionen zu erhalten. Erst nach dem Reichstagsbrand erwies sich Leuschners in der Politik unbekannt ge-

BRUNO LEUSCHNER



bliebener Name für die Kommunisten von Nutzen. Unerkannt vermochte er fast drei Jahre hindurch den illegalen KP-Unterbezirk Neukölln zusammenzuhalten. Will man gerecht sein, so ist dies die größte Leistung Leuschners geblieben.

1936 von der Gestapo verhaftet, wurde er im August 1937 wegen Hochverrats zu einer 6-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Die Entlassung aus dem Zuchthaus Brandenburg war fiktiv: Die Gestapo schleppte ihn sofort nach Sachsenhausen. In Mauthausen durfte er dann die Befreiung erleben. „Er war ein großartiger Gefangener“, sagte Rau einmal von ihm. „Aber man hätte ihn nicht an den Schreibtisch lassen sollen!“

Abstrakte Zahlentheorien

So wurde Leuschner zum Gefangenen des Plans. Nicht er beherrscht die Planziffern, sie beherrschen ihn. Der Fehler begann mit seiner Einsetzung als Leiter der Abteilung Wirtschaft im ZK der KPD von 1945. Hier machte er die Initiative vieler aufbauwilliger Kräfte durch schematischen Bürokratismus zunichte. Im April 1946 übernahm ihn das Zentralsekretariat der SED. Die Macht aber erhielt er 1947 als Leiter und späterer Hauptabteilungsleiter der Abteilung

Planung in der „Deutschen Wirtschaftskommission“ (DWK). Diese Stellung prädestinierte ihn zum Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, aus welchem Amt er seinen Gegenspieler Rau dank Ulbrichts Protektion Zug um Zug zu verdrängen vermochte. Denn Planungsminister Rau wurde bald zum Außenhandels-Reisenden und überließ Leuschner achselzuckend das Revier.

Das halbe Dutzend üblicher Funktionen vom „Volkskammerabgeordneten“ bis zum Redaktionskollegiums-Mitglied der parteitheoretischen Zeitschrift „Einheit“ nimmt ihn wenig in Anspruch. Er ist „Schreibtischarbeiter“, fern von Praxis und Wirklichkeitssinn. Die Industrie- und Fachminister haben oft versucht, Leuschner wegen seiner abstrakten Zahlentheorien anzugreifen oder gar aus dem Amt zu drängen. Ulbricht konnte bis heute den Finger dazwischenhalten. Leuschner hat in seinen Augen das große Verdienst, den Aufbau der Schwerindustrie zu einer Zeit durchgekämpft zu haben, als selbst Leute wie Rau und Oelssner für eine zeitweilige Pause zugunsten der Versorgung der Zivilbevölkerung plädierten.

Am 17. Juni 1953 ist Leuschners Name nicht gefallen. Dabei war er einer der Hauptschuldigen, wenn auch nur das ausübende Organ der Politik eines Ulbricht. Es ist schwer zu sagen, ob es die unbedingte Unterordnung unter die Faust des SED-Chefs war oder ob ihn eigener Ehrgeiz zu widersinniger Planung getrieben hat: Leuschner jedenfalls hat gewußt, daß der 17. Juni unausbleiblich war. Leuschner ist auch einer der wenigen SED-Führer, die den tatsächlichen Umfang der Sowjetzonen-Verpflichtungen im Rahmen des Warschauer Militärpaktes kennen. Sein Plan ist eine Zerreißprobe, die Geduld der Bevölkerung — oder besser gesagt die Duldfähigkeit — bestimmt den Zerreißprozeß. Alles hängt davon ab, wie weit Leuschner die Gefahrensignale erkennen kann.

Neuer Kurs im Ost-Fernsehen

SED vermißt ein „wirksames Agitationsinstrument“

Seit die SED ihrem „Deutschen Fernsehfunk“ in Berlin-Adlershof eine größere Freiheit als dem „Staatlichen Rundfunkkomitee“ einzuräumen vermochte, haben parteilose Künstler und Regisseure versucht, der Zonenbevölkerung eine wenigstens gut verpackte Propaganda auf den Bildschirm zu zaubern. Größtmögliche technische und finanzielle Unterstützung vermochten das Ost-Fernsehen in kürzester Frist aus den Kinderschuhen zu heben. Denn seit jeder Radiomechaniker die Ost-Fernsehgeräte auf die westliche Kanalfrequenz mit wenigen Handgriffen umzustellen vermag, entstand für die Adlershofer eine ernsthafte Konkurrenz. Um so verwunderlicher klingen die Nachrichten, die jetzt aus den Ostberliner Fernsehstudios an die Öffentlichkeit dringen.

Die Tatsachen sind folgende: Seit etwa vier Wochen terrorisieren die Kulturfunktionäre des SED-Zentralkomitees den Fernseh-Sendeleiter Nehmzow mit der Forderung, ein „zeitnäheres“ Programm mit „stärkerer Berücksichtigung von Wünschen der Werktätigen und ihrer Organisationen“ aufzulegen. Dahinter verbergen sich die seit langem vorgetragenen Wünsche des FDGB und der „Nationalen Front“, im Rahmen der Fernsehsendungen einen festen Platz zu erhalten. So verlangt der FDGB-Bundesvorstand eine Sendung mit dem Titel: „Die Stimme der Arbeit“ und die „Nationale Front“ will laufend 10-Minuten-Vorträge für die „Hausgemeinschaftsleitungen“ halten. Da diese Sendungen nur innerhalb des Abendprogramms gebracht werden könnten, steht für den Adlershofer Fernsehfunk der gesamte Sendecharakter auf dem Spiel.

Nehmzow warnte vergeblich

Wer Ost-Fernsehteilnehmer ist, wird festgestellt haben, daß Adlershof seit einigen Wochen an Stelle der früheren Film- und Unterhaltungssendungen eine Fülle tendenziöser und langweiliger Fernsehspiele bringt, die zum Teil krampfhaft den Rundfunk-Hörspielen der drei Ostländer angelehnt sind. Diese von endlosen politischen Dialogen getragenen Aufführungen sind das erste Zugeständnis an die Abteilung Kultur des Zentralkomitees. Nehmzow hatte seine SED-Kollegen vergeblich gewarnt. Der Erfolg: In Ostberlin haben die Radiohändler alle Hände voll mit „kleinen Umbauten“ an den Fernsehempfän-

gern zu tun. Man geht auf „Westberliner Welle“ und nimmt dort selbst Museums-Sendungen des Bayerischen Fernsehfunks in Kauf, nur um der Holzhammer-Propaganda zu entgehen.

Für Nehmzow und die anderen SED-Chefs des Studios Adlershof ist damit ein anderes Problem verbunden. Bis heute vermögen sie noch westdeutsche und ausländische Künstler unter Zahlung von Höchstgehältern heranzuziehen. Viele prominente Zonenkünstler haben in Adlershof wegen des dort erhofften „freieren Lüftchens“ Zuflucht gesucht. Sie alle drohen auszubleiben, wenn der „Deutsche Fernsehfunk“ auf die „harte Welle“ zurückschalten muß.

Produktion ist verärgert

Am härtesten aber trafe ein neuer Fernseh-Kurs die bereits

hinreichend verärgerte Industrie. Die Produzenten der Fernsehgeräte, deren Preise noch immer rund 250 Prozent der West-Apparate betragen, bekommen jede derartige Kursänderung sofort zu spüren. Von rund 120 000 für den Inlandsbedarf bis heute produzierten Ostgeräten wurden erst rund 55 000 verkauft. Die Mehrzahl davon befindet sich in „Kollektivbesitz“, das heißt, diese Geräte mußten zum Gesteigungspreis an politische Organisationen und Betriebe abgegeben werden. Wohin aber nun mit dem Rest? Die HO-Geschäfte und Warenhäuser sind voll davon. Die Käufer aber halten sich aus gutem Grund zurück, denn: 1. Die Fernsehgeräte müssen innerhalb des nächsten halben Jahres radikal im Preis heruntersetzt werden, um Lagerstauungen zu vermeiden, und 2. die Ost-Industrie beginnt im Herbst mit der Einführung der größeren Bildröhre, womit die bisherigen „Postkartenbildgeräte“ nur noch geringen Wert besitzen.

Das Ende des jetzt begonnenen Streites um das Ost-Fernsehprogramm ist noch nicht abzusehen. Fest steht nur, daß die SED eine politische Umschaltung sowohl auf dem wirtschaftlichen als auch auf dem propagandistischen Sektor teuer bezahlen müßte.

KP-Krise erster Ordnung

So kommentieren westliche Zeitungen

New York (AP/DPA). Die gegenwärtige Kampagne der sowjetischen Parteiführer zur Entgötterung Stalins hat unter den kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Großbritanniens und anderer Länder eine moralische und politische Krise erster Ordnung ausgelöst, schreibt die „New York Times“. Für die freie Welt laute die Aufgabe jetzt, die Enthüllungen Chruschows als eine Waffe zu gebrauchen, um das Ansehen und den Einfluß der kommunistischen Regierung zu vernichten.

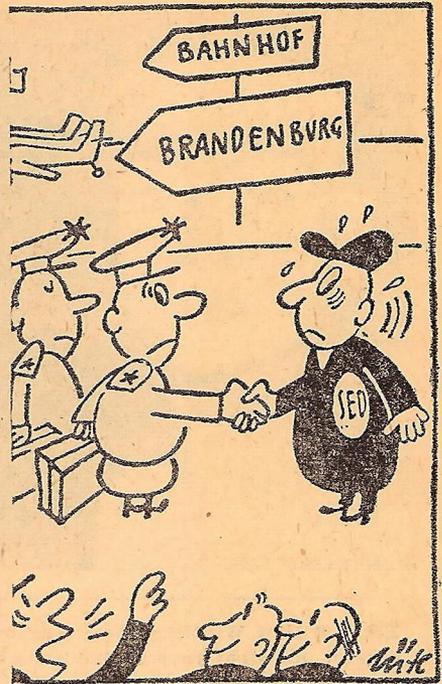
Das Zentralkomitee der französischen KP hat nach einer

achtstündigen Konferenz bekanntgegeben, es sei falsch, alle Fehler der sowjetischen KP Stalins aufzubürden. Dem Generalsekretär Thorez wurde das Vertrauen ausgesprochen.

Der italienische Kommunistenführer Togliatti scheint wegen seiner Angriffe gegen die „Entstalinisierung“ innerhalb seiner Partei starker Kritik ausgesetzt zu sein. Togliatti hat nach einem Bericht der Londoner Zeitung „Daily Express“ erklärt, seine kritischen Äußerungen bedeuten keineswegs eine Revolte gegen die Herrscher des Kremls.



„Scheint ein Star aus Italien zu sein!“



„Towarischtsch, nimm den Genossen gleich mit!“

Moskau hat den nächsten Zug

(Fortsetzung von Seite 2)

der Bundesrepublik wird sich kein verantwortlicher Politiker solchem Irrtum hingegeben haben. Aber gerade um der gefährlichen Verwirrung im innerdeutschen Streit zu begegnen, ist es nunmehr angebracht und auch möglich, daß die Bundesregierung den deutschen Standpunkt klar und zeitgemäß formuliert. Wir dürfen und müssen bereit sein, über den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland zu sprechen und sprechen zu lassen, soweit unsere eigene Sicherheit und die Verbundenheit mit dem Westen das irgend ermöglichen. Dabei kommt es jetzt nicht auf Pläne an — die gibt es genug, und bei entscheidenden Ost-West-Verhandlungen werden sich neue finden —, sondern auf die Bereitschaft. Der nächste Zug

wird dann vor aller Welt an den Sowjets sein, nämlich ob sie getreu ihrem neuerlich verkündeten Prinzip der Nichteinmischung endlich bereit sind, die innerdeutschen Entscheidungen dem Volk zu überlassen.

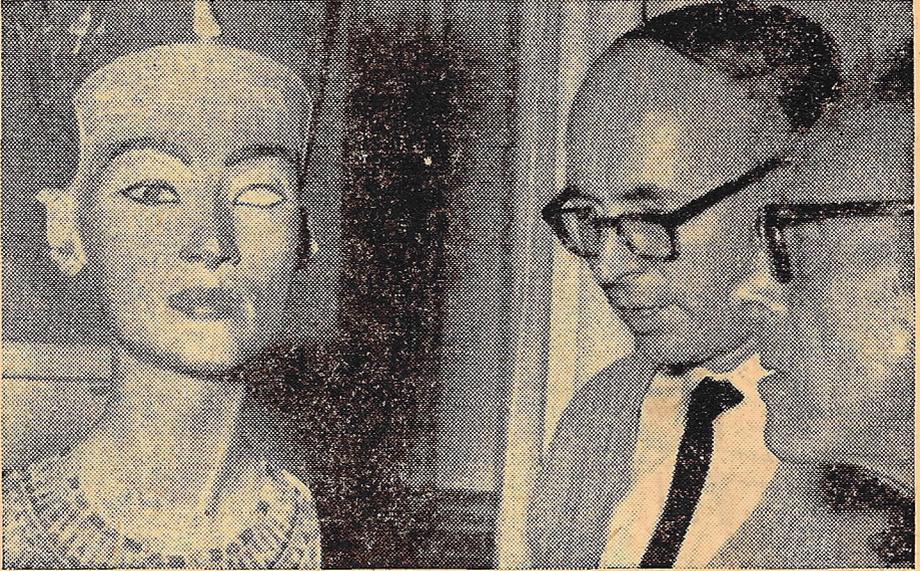
Freiheitskampf der Balten

Bonn (Eigenmeldung). Zur Erinnerung an die Massendeportationen von Balten in das Innere der Sowjetunion im Sommer 1941 hatten sich in Bonn Exilvertreter der baltischen Länder mit ihren deutschen Freunden auf Einladung der Deutschen Sektion des Internationalen Komitees zur Verteidigung der christlichen Kultur versammelt. Von den baltischen Sprechern wurde betont, daß für sie der Kampf gegen den Bolschewismus zugleich ihr Kampf gegen die Russifizierung ihrer Heimat und gegen den sowjetischen Atheismus sei.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.



BILDER DER WOCHE: Oben: Nofretete ist aus dem hessischen Exil nach Berlin heimgekehrt. Sie steht jetzt im Dahlemer Museum. Ganz rechts: Der Betreuer der Büste, Prof. Dr. Brittner. — Unten: Glückliche Filmpreisträger der Berliner Festspiele. Von links nach rechts: Horst Buchholz, Lilli Palmer, Wolfgang Preis, Adelheid Seeck und Eva Kotthaus.

